

für die Unzufriedenheit kirchenamtlicher Stellen genannt.

## Der Schock über die Säkularisierung als Hintergrund

Der neue Direktor Guillamón hat den Lesern zwar Kontinuität zugesichert („Vida Nueva wird weiter das sein, was es immer war“), aber er kündigte auch einige Neuerungen an: neben einer besseren Aufmachung „ein breiteres Informationsspektrum, das die kirchliche Wirklichkeit umfassender darstellt“. Die Kirche, so Guillamón in seinem ersten Beitrag in *Vida Nueva*, „ist die freieste Institution der Welt. Sie hält die Türen ständig auf für den, der eintreten oder sie verlassen will ... Wer in ihr ist, wählt die einzig mögliche Kirche, welche das Petrusamt repräsentiert.“ In einem weiteren Artikel vergleicht er den

Journalisten von *El País*, der von Pressionen konservativer Kreise und des Nuntius auf den Verlag PPC gesprochen hatte, mit Goebbels; jener „finstere Propagandaminister des Dritten Reichs“ habe überhaupt im spanischen Journalismus zahlreiche Jünger. Auch sein Leitartikel in der Weihnachtsausgabe läßt vermuten, daß die Zeitschrift sich in Zukunft gesellschafts- und regierungskritischer artikulieren wird („Der Staat ist zum größten Feind für den wirtschaftlichen und sozialen Aufstieg der Spanier geworden; die Inhaber der politischen Macht haben moralisch und politisch Schiffbruch erlitten“).

Der Vorgang um *Vida Nueva* muß wohl auf einem breiteren Hintergrund gesehen werden: dem Schock in der spanischen Kirchenführung über den religiösen Substanzverlust in der Bevölkerung des „neuen Spanien“ (vgl. HK 1986, 360 f.), über die nach 40 Jahren Stagnation rasant fort-

schreitende Säkularisierung der Gesellschaft mit den Begleiterscheinungen eines grassierenden Konsumismus und moralischer Libertinage, über die kirchlichen Einfluß konsequent zurückdrängende Regierungspolitik.

Die offenbar erwünschte Kurskorrektur bei *Vida Nueva* gehört in diesen gesamtkirchlichen Kontext. Die zu diesem Zweck ergriffene Maßnahme einer Entlassung ohne Begründung hatte allerdings ebensowenig Stil wie der vorherige (erfolglose) Versuch, den Jesuitenorden zu einer – unauffälligeren – Auswechslung an der Redaktionsspitze zu bewegen. In einem *Vida Nueva* gewidmeten Leitartikel wies der Chefredakteur der katholischen Kulturzeitschrift „*El Ciervo*“ darauf hin, daß es im außerkirchlichen Raum immer wieder einmal vorkomme, daß ein Unternehmen auf Druck von außen einen personellen Wechsel vornimmt: „Aber jeder weiß, daß so etwas nicht in Ordnung ist.“ G. B.

# Zaghafte Ratlosigkeit im Gedenkjahr

## Zur politischen und kirchlichen Situation in Österreich

In Österreich hat das *Gedenkjahr 1988* in Erinnerung an den „Anschluß“ vor 50 Jahren begonnen. Zahlreiche Fernsehsendungen und unzählige Zeitungsartikel erinnern an die Vorgänge im März 1938, als Österreich nach fünfjährigem Widerstand gegen den massiven Druck Adolf Hitlers von außen und gegen die gewalttätige illegale nationalsozialistische Bewegung im Inneren aufgeben mußte. In der Erinnerung vieler sind die Bilder vom Jubel auf dem Heldenplatz in Wien und in anderen österreichischen Städten haften geblieben, die auf Weisung von Propagandaminister Joseph Goebbels von erstklassigen Fotografen und von Filmleuten der deutschen Wochenschau nach einem ausgeklügelten Regiekonzept aufgenommen wurden und die bis heute als authentisches und nicht bezweifeltes Dokument jener Tage gelten. In diesem Sinn kann man von einem „späten Sieg Hitlers“ sprechen, wie der bekannte österreichische Journalist *Hugo Portisch* zu diesem seltsamen Phänomen sagte.

Nun ist es gewiß unbestreitbar, daß im März 1938 viele Österreicher den „Anschluß“ im Sinn ihrer *alten großdeutschen Hoffnungen* begrüßten, die mit der nationalsozialistischen Ideologie zunächst gar keinen Zusammen-

hang haben mußten. Die heute höchst befremdend klingenden Erklärungen der österreichischen Bischofskonferenz und auch des seinerzeitigen sozialdemokratischen Staatskanzlers Karl Renner zum „Anschluß“ sind nur in diesem Kontext zu erklären. Zweifellos fanden im Jahr 1938 die Träume von einem mächtigen Reich gerade bei den Österreichern, die ja erst zwanzig Jahre vorher das vertraute und bergende Dach der großen Donaumonarchie verloren hatten, verbreitet Anklang, und das nationalsozialistische Regime verstand es, diese Tendenzen sehr verschiedenartiger Motivation nach Kräften zu nützen.

## Österreichs Katholiken in der NS-Zeit

Trotzdem wäre es einseitig, jene vielen Österreicher außer acht zu lassen, die der zweite Untergang Österreichs innerhalb von 20 Jahren in die tiefste Verzweiflung stürzte, die sich in ihren Familienkreis zurückzogen und dort in buchstäblichem Sinn um ihr verlorengegangenes Vaterland weinten oder die zu Tausenden schon bei den ersten Verhaftungswellen in Gefängnisse und Konzen-

trationslager eingeliefert wurden. Bei diesen Festnahmen wurden fast ausschließlich jene Katholiken verhaftet, die sich in der Zeit des autoritären Ständestaates exponiert hatten. Aber auch in den folgenden Monaten blieb die *katholische Kirche* ein Hauptangriffspunkt des nationalsozialistischen Regimes, und als im Herbst 1938 am Abend des Rosenkranzfestes im Dom zu St. Stephan in Wien tausende katholische Jugendliche in der einzigen öffentlichen Protestkundgebung des ganzen großdeutschen Reiches gegen die Politik der Kirchenverfolgung des Regimes ihre Stimme erhoben und ihre Treue zur Kirche bekundeten, entlud sich die Wut der Machthaber tags darauf in einem Sturm der Hitlerjugend auf das erzbischöfliche Palais in Wien: Priester wurden aus den Fenstern geworfen und die Räume des Kardinals Innitzer verwüstet, er selbst entging nur knapp dem Mob. Noch heute sind in den Amtsräumen des Erzbischofs von Wien als Denkmal jener Zeit die Bilder zu sehen, die damals zerstochen und zerschnitten worden sind.

Nach einer Phase anfänglicher Verwirrung geriet auf diese Weise die Kirche in Österreich, die sich jahrhundertlang auf den Schutz des Staates verlassen konnte, und nun plötzlich einem kirchenfeindlichen totalitären Staat gegenüberstand, in die *offene Konfrontation mit dem NS-Regime*. Tausende katholische Laien wurden eingesperrt, und die *katholischen Priester* in Österreich, von denen bis 1945 insgesamt 724 verhaftet, 208 gau- oder landesverwiesen wurden und 1500 mit Predigt- oder Unterrichtsverbot belegt worden sind, zählen zu jener Gruppe, die prozentual den höchsten Blutzoll während der nationalsozialistischen Zeit zu leisten hatte.

Wenn heute der „Anschluß“-Gedanke in Österreich praktisch tot ist und nicht einmal in der stark deutschnational durchsetzten Freiheitlichen Partei (FPÖ) irgendwelche Anhänger findet, dann ist dies gewiß darauf zurückzuführen, daß sich seinerzeit der Haß des nationalsozialistischen Regimes gegen alles, was mit Österreich zusammenhing, über die Maßen äußerte. So wurde bald der Name Österreich verboten und durch „Ostmark“ ersetzt. Niederösterreich erhielt über Nacht den künstlichen Namen „Niederdonau“, Oberösterreich hieß plötzlich „Oberdonau“, und schließlich war sogar die „Ostmark“ zu gefährlich, und statt dessen wurde das Wortungetüm „Alpen- und Donaureichsgau“ als Bezeichnung für die österreichischen Länder eingeführt.

Die Österreicher, die auf diese brutale Weise ihr Österreich verloren hatten, entdeckten es zwischen 1938 und 1945 in neuer Intensität. *Friedrich Heer* beschrieb später diesen Prozeß mit den Worten, daß Österreich seine Vaterlandsfähigkeit in der Abwehr der deutschnationalen Identität gewonnen habe. Das mag eine Erklärung jenes seltsamen Phänomens sein, daß es da und dort in Österreich heute tatsächlich noch verborgene nationalsozialistische Relikte und Einsprengsel im Untergrund gibt; aber niemand will mehr die „Heimkehr ins Reich“. Dies ist wohl der auffälligste Unterschied zur ersten Republik nach 1918.

## Kurt Waldheim im Feuer der Kritik von außen und von innen

Das Gedenkjahr 1988 wäre somit relativ problemlos, hätte es nicht durch die traumatischen Vorgänge um Bundespräsident *Kurt Waldheim* eine bittere Zuspitzung erfahren. Arge Versäumnisse Waldheims durch unsinniges Herumtaktieren und partielles Verschweigen seiner Vergangenheit vor allem im Balkankrieg und eine systematische globale Kampagne einflußreicher jüdischer Organisationen haben zu einer *bedenklichen Belastung Österreichs* in vielen Ländern der Welt geführt. Waldheim sei typisch für Österreich, das ebenfalls seine Vergangenheit verdrängt habe, so wird nun gesagt und geschrieben. In seiner Neujahrsansprache im Fernsehen ging der Vorsitzende der österreichischen Bischofskonferenz, der Salzburger Erzbischof *Karl Berg*, auf diese Problematik ein und stellte fest, der Zorn über das Getäuschtwerden und die bittere Erkenntnis der eigenen Verführbarkeit hätten nach dem Krieg vielleicht eine tiefergreifende Auseinandersetzung mit dieser Katastrophe verhindert. Dies sei, meinte der Erzbischof, mit ein Grund für die „zaghafte Ratlosigkeit“, mit der Österreich dem Jahr 1988 entgegengehe.

Das Wort von der „zaghaften Ratlosigkeit“ trifft genau die Bewußtseinslage, die zur Zeit in Österreich vorherrscht. Denn die Kritik an Bundespräsident Kurt Waldheim ist inzwischen nicht nur von außen, sondern auch *von innen* vehementer geworden. Nicht nur von linkssozialistischer Seite, sondern auch von durchaus bürgerlichen Zeitungen wird Kurt Waldheim unverblümt aufgefordert, im Interesse Österreichs zurückzutreten. Das Ansehen, das Waldheims allgemein angesehener Vorgänger *Rudolf Kirchschläger* der Institution des Bundespräsidenten hinzugewinnen konnte, ist mittlerweile längst verschlissen, die innere Autorität des Staatsoberhauptes dahin.

Angesichts dieser ernsten Situation, die zu einer Isolierung Österreichs gerade im Westen führen könnte, fanden schon vor Weihnachten zwischen Abgeordneten der beiden Koalitionsparteien inoffizielle Gespräche statt, die den freiwilligen Rücktritt des Bundespräsidenten und eine Neuwahl des Staatsoberhauptes zum Inhalt hatten. Politiker der Sozialistischen Partei schlugen dabei ihren Kollegen von der Österreichischen Volkspartei vor, die ÖVP solle bei einer Neuwahl auf jeden Fall das Vorschlagsrecht für einen gemeinsamen Kandidaten erhalten, damit nicht der Eindruck entstehe, die SPÖ wolle mit dieser Angelegenheit ein „politisches Geschäft“ machen. Knapp vor Weihnachten brachte Innenminister *Karl Blecha* (SPÖ) diesen Vorschlag in modifizierter Form in aller Öffentlichkeit vor, zog sich aber mit diversen Ausflüchten rasch wieder zurück, als er merkte, daß Bundeskanzler *Franz Vranitzky* von derlei Absprachen nichts wissen wollte. Tatsächlich sind sich die tragenden Kräfte in den beiden Regierungsparteien darüber einig, daß ein Rücktritt Waldheims zu einer gefährlichen Belastungsprobe der österreichischen Demokratie führen

würde. Denn Kurt Waldheim wurde nun einmal als international bekannter Politiker mit großer Mehrheit zum Bundespräsidenten gewählt, und sein Ausscheiden würde von vielen Österreichern als Schlag ins Gesicht all jener empfunden, die an die Gültigkeit demokratischer Wahlergebnisse glauben. Überdies befürchtet man in beiden Regierungsparteien, daß ein Rücktritt Waldheims jener Flüsterpropaganda Tür und Tor öffnen würde, die jetzt schon von der freiheitlichen Oppositionspartei unter der Führung des geschickten Demagogen *Jörg Haider* betrieben wird und die die Regierung beschuldigt, viel zu nachgiebig und „katzbuckelnd“ vor den Wünschen des Auslandes zu sein. Sei man in Österreich schon so weit, so wird in manchen Kreisen insgeheim gefragt, daß man sich Forderungen amerikanischer Juden beugen müsse?

Österreich steht somit ausgerechnet im Gedenkjahr 1988 vor einem *Dilemma*, das vielen unauflösbar scheint: Bleibt Bundespräsident Waldheim im Amt, ist damit zu rechnen, daß vor allem in Nordamerika und in westeuropäischen Ländern die Kampagne gegen Österreich fortgesetzt wird; das österreichische Staatsoberhaupt kann zu offiziellen Besuchen nach Ungarn, Pakistan oder Ägypten reisen, aber in kein westeuropäisches Land. Tritt Kurt Waldheim zurück, wird jenen Kräften Auftrieb gegeben, die das gegenwärtige demokratische System in Österreich über den Haufen werfen wollen und die mit einer Dolchstoßlegende von der „Erpressbarkeit“ Österreichs eine gefährliche Waffe in den Händen hätten. Ausgerechnet im Gedenkjahr 1988 wäre auf diese Weise unter dem Motto der „Vergangenheitsbewältigung“ jenen kräftige Schützenhilfe geleistet, die aus den Traditionen des deutschnationalen Wurzelbodens kommen. In diesem Dilemma, das in seiner Skurrilität kaum noch zu überbieten ist, sind zu jedem beliebigen Zeitpunkt Überraschungen aller Art möglich, zumal man bedenken muß, daß die nervliche Belastbarkeit von Bundespräsident Waldheim, der sich nun schon seit vielen Monaten in einem pausenlosen Trommelfeuer öffentlicher Angriffe aus dem In- und Ausland befindet, nicht als unbegrenzt eingeschätzt werden kann.

## Österreich muß sein Verhältnis zur EG bestimmen

Die Situation der Koalitionsregierung, die durch die Waldheim-Affäre ohnehin schon prekär genug ist, wird durch die *wirtschaftliche Lage* noch zusätzlich verschärft. Dankenswerterweise hat die Regierung damit begonnen, nach der populären Gefälligkeitspolitik der Kreisky-Ära Einsparungen aller Art vorzunehmen. Um die bedrängende Budget-Situation in den Griff zu bekommen, wurde das spezielle Werbekostenpauschale für zahlreiche Berufsgruppen gestrichen, die Heiratsbeihilfe in der Höhe von 15 000 Schilling abgeschafft; bestimmte Pensionsansprüche sind gekürzt und Kinderbeihilfen für Studenten über 25 Jahren stillgelegt worden. *Massive*

*Proteste im studentischen Bereich* folgten und ließen ein tieferliegendes Unbehagen an der Bildungspolitik in Österreich sichtbar werden, wo es keinen „Numerus clausus“ gibt, und jeder Schüler an höheren Schulen und jeder Student an den Universitäten sein Studium gratis absolvieren kann. Dadurch platzen die Hochschulen aus allen Nähten, die Hörsäle sind längst viel zu klein, Laborplätze kaum noch zu ergattern, während gleichzeitig ausgebildete Lehrer und Ärzte keine Anstellung finden. Auch die Sorgen der Regierung mit der notleidenden verstaatlichten Stahlindustrie, in der neuerlich tausende Arbeitnehmer gekündigt werden mußten und jetzt sogar zugesagte Firmenpensionen gestrichen wurden, sind nicht geringer geworden.

Dazu kommt noch, daß die Kernfrage Österreichs für die nächsten Jahre und Jahrzehnte, die Frage nach dem *Verhältnis Österreichs zur Europäischen Gemeinschaft*, nicht länger hinausgeschoben werden kann. Die österreichische Bundesregierung hat sich bisher aus Rücksicht auf den österreichischen Neutralitätsstatus nicht dazu entschlossen, offiziell um den Beitritt Österreichs als Vollmitglied der EG anzusetzen. Der Ballhausplatz blieb bis jetzt bei eher verschwommenen Formeln einer „Quasi-Mitgliedschaft“ und eines „möglichst weitgehenden Arrangements“. Die Landeshauptleute aller österreichischen Bundesländer haben mittlerweile die Bundesregierung aufgefordert, in dieser Frage einen mutigen Schritt zu tun und den Beitritt Österreichs zur EG offen anzustreben.

Diese Forderung entspricht einer verbreiteten Stimmungslage in den westlichen und südlichen Bundesländern, die schon jetzt in besonderer Weise mit den Ländern der EG wirtschaftlich verknüpft sind und die nun meinen, Österreich solle die „Glasnost“-Phase Gorbatschows rasch und zielstrebig nützen. In den vergangenen Jahren hat es wiederholt sofortige *sowjetische Warnungen* gegeben, wenn in Österreich allzu offen der Beitritt zur EG verlangt worden ist. Jetzt hat sich die Lage geändert. Moskau schweigt zu diesem Thema und gibt auf diplomatische Sondierungen zu erkennen, daß es gegen „wirtschaftliche Übereinkommen mit der EG“ nichts einzuwenden habe. Dies bestärkt die Industrie, die Wirtschaftstreibenden, Teile der Gewerkschaften sowie die Bundesländer, von der Bundesregierung rasche Entscheidungen zu verlangen, um die gegenwärtige Phase zu nützen, von der niemand weiß, wie lange sie dauern wird.

## Der zweite Papstbesuch: ein therapeutischer Effekt?

Inmitten dieser schwerwiegenden politischen Vorgänge ist die *katholische Kirche in Österreich* damit beschäftigt, den zweiten Pastoralbesuch des Papstes im Juni vorzubereiten. Johannes Paul II. wird in einer wahren Parforce-tour per Hubschrauber fast alle Bundesländer besuchen, nachdem er bei seinem ersten Besuch im Jahr 1983 (vgl.

HK, Oktober 1983, 470–484) nur beim Österreichischen Katholikentag in Wien und im steirischen Marienheiligtum Mariazell gewesen war. Begegnungen mit Ungarn, die durch die weitgehende Öffnungen der Grenze in Massen erwartet werden, und mit Kroaten aus Jugoslawien, die ins Burgenland eingeladen sind, sowie mit Slowenen und Friulanern, die nach Kärnten kommen sollen, werden weit über die Grenzen Österreichs hinausgreifen. Da es dem Papst offenbar doch nicht gelungen ist, zu den Millenniumsfeiern der russischen Orthodoxie in die Sowjetunion zu reisen, könnte der Papstbesuch in Österreich, dessen Programmkonzeption weite Teile der Bevölkerung in den kommunistisch regierten Nachbarländern ansprechen will, eine wichtige Funktion für die päpstlichen Überlegungen in Richtung Osteuropa erfüllen.

In der besonderen Situation Österreichs durch das Waldheim-Debakel könnte der Papstbesuch einen zusätzlichen *therapeutischen Effekt* für Österreich mit sich bringen. Schon im vergangenen Jahr war die Einladung Johannes Pauls II. an Bundespräsident Waldheim nach Rom (vgl. HK, August 1987, 352) ein befreiendes Ereignis für das bedrängte Österreich, das in dieser Frage im Papst in Rom einen verständnisvollen Freund gefunden hatte. Dieser Effekt könnte beim bevorstehenden Besuch des Papstes in Österreich nochmals, vielleicht sogar verstärkt auftreten, wenn diese Komponente in geeigneter Weise genützt wird. Damit wäre für diesen Pastoralbesuch ein verbindender roter Faden gefunden, der bisher fehlt, da das Programm des Papstbesuches in starkem Maß von innerdiözesanen Zielsetzungen bestimmt und überwuchert ist.

Als Erfolg der Kirche in Österreich kann verbucht werden, daß nach dem Ad-limina-Besuch der österreichischen Bischöfe im vergangenen Sommer in Rom (vgl. HK, August 1987, 359 ff. u. 375 ff.) *keine neuen Bischofs-ernennungen* erfolgt sind. Befürchtungen, der Vorsitzende der Bischofskonferenz, der Salzburger Erzbischof Karl Berg, könnte auf Grund seines Alters und seines bereits vor längerem eingereichten Rücktrittsgesuches noch vor dem Papstbesuch abgelöst werden, sind bisher ebenfalls nicht eingetreten. Offenbar hat man im Vatikan doch den Ernst der Lage erkannt, die in Österreich nach den umstrittenen Bischofs-ernennungen in Wien entstanden ist. Kenner der internen Vorgänge im Vatikan behaupten, es sei dort inzwischen eine gewisse „Ernüchterung“ über die jüngsten Bischofs-ernennungen in Österreich zu verzeichnen.

## Der kirchliche Richtungsstreit geht weiter

Viele Katholiken in Österreich hoffen jetzt, daß die Mehrheit der Bischöfe weiterhin fest bleibt und sich auch in Zukunft zu dem seit 1945 eingeschlagenen pastoralen Weg der Kirche in Österreich bekennt. Dazu gehört, daß das Ansinnen einer „Revision“ der sogenannten „Maria-

troster Erklärung“, die die österreichischen Bischöfe im Gefolge der Enzyklika „*Humanae vitae*“ abgegeben hatten, auch künftig von der Bischofskonferenz abgelehnt wird. Es sei höchstens an eine „Fortschreibung“ dieser Erklärung unter Berücksichtigung der seither gewonnenen wissenschaftlichen Erkenntnisse gedacht, versicherten die Sprecher der Bischofskonferenz schon im Herbst, und daran soll sich, wie zu hören ist, auch in Hinkunft nichts ändern.

Hinter den Kulissen geht der *interne Richtungsstreit* freilich weiter. So wurde auf Weisung des für die Wissenschaft zuständigen neuen Wiener Weihbischofs *Kurt Krenn* die Katholische Hochschulgemeinde in Wien ohne Befragen der Betroffenen in zwei Bereiche geteilt: Der eine Bereich, der nur die Universität Wien umfaßt, soll der Hochschulgemeinde verbleiben, die allerdings statt ihrer von manchen als „modernistisch“ verschrien Haus-Kapelle die Votivkirche als Sakralraum zugewiesen erhielt. Der andere Bereich, der alle anderen Hochschulen in Wien von der Technischen Universität bis zu den Kunsthochschulen umfaßt, wurde dem Opus Dei zugeeilt; die weltberühmte Karlskirche soll dessen geistliches Zentrum werden. Gegen diese Aufteilung der Hochschulgemeinde und gegen die Bevorzugung des Opus Dei erhoben sich zahlreiche Proteststimmen, die freilich bis jetzt ohne Wirkung geblieben sind. Auch die Bischöfe in den anderen österreichischen Diözesen, die von der einschneidenden Änderung in der Wiener Hochschul-seelsorge indirekt mitbetroffen sind, da viele Studenten aus den Bundesländern in der Bundeshauptstadt studieren, haben bis jetzt keine Änderung dieses Konzeptes erreichen können.

Auf die Situation der Kirche in Österreich eingehend, sagte Erzbischof Berg in seiner Neujahrsansprache, es sei zu bedauern, daß fallweise „selbsternannte Unglückspropheten“ den Ton angäben und daß die Angst vorhanden sei, es könnte der große Atem des Konzils ausgehen. Der Vorsitzende der Bischofskonferenz rief dazu auf, Konflikte christlich auszutragen: „Nicht indem man denunziert und Stimmung macht, sondern indem man offen und ehrlich miteinander redet.“ Volk Gottes sei nicht dort, so schloß der Salzburger Erzbischof seine Ansprache, wo unterschiedliche Positionen in Schaukämpfen ausgetragen und Langzeitstrategien zur Machtergreifung entwickelt werden, sondern dort, wo sich Menschen zuerst von Gott angenommen wissen und einander annehmen, ehe sie mit Verpflichtungen und Geboten konfrontiert werden.

Manche Beobachter meinen, der Salzburger Oberhirte, der in seiner Zeit als Vorsitzender der österreichischen Bischofskonferenz schon manche Proben beachtlicher Standfestigkeit und Zivilcourage abgelegt hat, habe mit diesen Sätzen in plastischer Weise aufgezeigt, worum es zur Zeit bei den eher im Hintergrund vor sich gehenden Auseinandersetzungen im Grunde genommen geht.

Fritz Csoklich